

07.10.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „Klimastabile Wälder für Nordrhein-Westfalen - zielgerichtete Förderung zur Schadensbehebung und Wiederaufforstung“ (Drucksache 17/11164)

Unser Wald ist mehr als nur Wirtschaftswald – Umweltschützer warnen vor CO₂-Fokus bei der Honorierung der Ökosystemdienstleistung des Waldes

I. Ausgangslage

Der Wald ist ein wertvolles und hochwertiges Ökosystem und damit höchst schützenswert. Ökologisch ist wichtig, dass er vielen Tieren und Pflanzen eine Heimat bietet. Darüber hinaus stabilisiert er den Wasserhaushalt, schützt vor Bodenerosion, speichert Feuchtigkeit, kühlt die umliegende Umgebung und bietet Raum für Erholung und Sport. Der Wald ist auch als Lieferant für umweltfreundliche Rohstoffe von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die schwierigen Sommermonate fordern ihren Tribut und die Regierung steht in der Pflicht, diese wichtigen Waldfunktionen zu stützen und für die Zukunft zu erhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen ist von den Stürmen, Dürren und Borkenkäfern in den letzten Jahren am Stärksten betroffen. Seit 2018 belaufen sich die Waldschäden auf 30,7 Mio. Kubikmeter Schadholz. Die schweren Waldschäden in diesem Jahr waren abzusehen. Der Antrag „Der Forstwirtschaft in NRW unbürokratisch helfen – Hilferufe der nordrhein-westfälischen Waldbauern und Förster ernst nehmen!“ vom 01. Oktober 2019 (Drs. 17/7534) hat wegweisende Forderungen zum Schutz der Wälder aufgeführt. Diese Forderungen sind auch heute noch von großer Wichtigkeit, weil sie sich direkt an den Bedürfnissen der Waldeigentümer orientieren.

Seit der Pressemitteilung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 11. November 2019 ist bekannt, dass sich Frau Ministerin Heinen-Esser (CDU) für die im Ausgangsantrag beschriebene Baumprämie einsetzt. Doch der Antrag macht keine Ausführungen, wie diese Baumprämie ausgestaltet werden soll. Es fehlt ein Konzept. Bislang wird darüber diskutiert, sie aus den Einnahmen des Emissionsrechtehandels zu finanzieren. Möglicherweise handelt es sich bei der Baumprämie dann um eine Dauersubventionsleistung. Ein deutscher Alleingang bei diesem Thema würde folglich auch ein Verstoß gegen das EU-Wettbewerbsrecht sein oder andere EU-Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise Polen, zu einem ähnlichen Prämiensystem ermutigen. Vor einer diesbezüglichen Beschlussfassung müssten diese Aspekte daher geklärt werden.

Zudem hat die deutsche Baumprämie nach bisherigem Diskussionsstand auch ihren Preis. Im Schnitt bindet ein Hektar Wald 5 Tonnen CO₂ jedes Jahr. Bei einem Kurs von 25 Euro pro Tonne CO₂ im Europäischen Emissionshandel entspricht das ca. 125 Euro pro Hektar und Jahr. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Waldfläche von rund 935.000 Hektar, das bedeutet ein Volumen von 116,88 Mio. Euro jährlich für die Prämie in NRW.

Bundesumweltministerin Schulze (SPD) hat dazu angemerkt: „Ich kenne noch kein Modell für eine Baumprämie, das ausgereift ist. Es klingt einfach, ist es aber nicht“. Sie fragt, was passiere, wenn das Holz entnommen und verbrannt werde, womit das CO₂ wieder frei wird – „muss die Prämie zurückgezahlt werden?“.¹

Dadurch eröffnet sich auch die Frage, warum Moore von einer Prämierung ausgeschlossen werden sollten, wenn sie in der Lage sind, noch mehr CO₂ speichern zu können als die Wälder. Nach der Logik der CO₂-Bindung dürften auch die Landwirte auf eine Kompensation für ihre Leistungen zum Kulturpflanzenanbau hoffen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Effizienz der Maßnahme. Der international bestehende Druck auf die Wälder ist groß. Es ist zweifelhaft, ob die angedachte deutsche Baumprämie ihre Wirkung auf das globale Weltklima wird entfalten können.

II. Der Landtag stellt fest,

1. dass mehr Fördermittel aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen umgeschichtet werden müssen, weil NRW von den Waldschäden am Stärksten betroffen ist;
2. dass die von Bund und Ländern bereitgestellten Mittel in Höhe von 800 Mio. Euro immer noch unterhalb der Forderung des Deutschen Forstwirtschaftsrates und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. in Höhe von 2,3 Mrd. Euro liegen;
3. dass Geld lediglich für die Aufforstung reichen wird und dringend mehr Personal in Landesforstverwaltung und Forstwirtschaft eingestellt werden muss.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die Waldhilfen schnellstmöglich und unbürokratisch zu gewähren und gleichzeitig zu prüfen, wie das derzeitige Fördersystem auf ein flächenbezogenes umgestellt werden kann;
2. das Borkenkäfermonitoring durch weitere Messfallen zu verbessern und auf andere Baumschädlinge auszuweiten;
3. den Einsatz von Baumschutzmitteln zu vereinfachen und auch Möglichkeit zu prüfen, die Zulassung für bestimmte Wirkstoffe zu verlängern;
4. mehr feuerökologische Studien im Sinne eines präventiven Waldbrandschutzes durchzuführen;

¹ <https://taz.de/Klima-Verguetung-fuer-Waldbesitzer/!5704052/>

5. nach Möglichkeiten zu suchen, forstfremde Kräfte für die Wiederaufforstung zu gewinnen;
6. die Jägerschaft für den Schutz der Jungpflanzen vor Wildverbiss zu gewinnen;
7. die Wiederaufforstungsfristen gesetzlich auf fünf Jahre zu verlängern und
8. ein Moratorium für die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald auszusprechen.

Andreas Keith
Dr. Christian Blex
Markus Wagner

und Fraktion